

Neueste

Das „Volkblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen, Nachr. Beilagen, „Rinderfreund“ sowie „Walt u. Welt“. Inwieweit eingehenden Manuskripten ist stets das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Große Märkerstraße 67, Sternpost-Kästchen 246 67. Persönliche Zustellung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Halbjahr 1,50 Mark. Postbezugspreis monatlich 2,- Mark, ab Postamt a. Postbezugspreis 2,40 Mark, bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,30 Mark. Anzeigenpreis 12 Pf. im Umkreis und 60 Pf. im Restland. a. Blätterzeit. — Druck- und Verlagsanstalt: Gr. Märkerstr. 67. Fernruf 246 66. 3. Ausgabe: Nr. 111. U. W. Nr. 27. — Postfach 203 19. Verleger:

Der Meister der schwarz-weißen Felde.



Der Schachspieler Wlischin, der mit Capablanca um die Welterschaft für die schwarz-weißen Felde kämpft und bisher erfolgreich im Wirtspring ist.

Bayerische Bauernpolitik und Reichsbedanke.

München, 25. Oktober. (Wg. Drahtbericht.) Der Bayerische Bauernbund, die Bauernvereine der bayerischen Volkspartei auf dem Lande, hielt am Sonntag und Montag in München seinen 25. ordentlichen Parteitag ab. Der erste Verhandlungstag war verhältnismäßig ruhig. Nach dem, was aus den geschlossenen Beratungen aber durchsickerte, scheinen sich die Gegensätze zwischen der radikalen Richtung der Bauern und der bürgerlichen Parteiführung verschärfen zu haben. Die seit langem bestehende Bestimmung der Parteiführung über die Reichspolitik ist durch die Haltung der Regierungspartei für den jüngsten inmerüberlebigen Finanzausgleich einen neuen Auftrieb erfahren. Am zweiten Tage sprach sich der Bundesvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Eisele, über die Bauern, obwohl eine bayerische Partei, nie ausgesprochen wurde, daß das große Deutsche Reich die einzige Grundlage für einen gelunden Nationalismus darstelle. Der dritte Redner, Landtagsabgeordneter Scheibele, betonte, daß der Bauernbund, obwohl eine bayerische Partei, nie ausgesprochen wurde, daß das große Deutsche Reich die einzige Grundlage für einen gelunden Nationalismus darstelle. Der dritte Redner, Landtagsabgeordneter Scheibele, betonte, daß der Bauernbund, obwohl eine bayerische Partei, nie ausgesprochen wurde, daß das große Deutsche Reich die einzige Grundlage für einen gelunden Nationalismus darstelle.

Führerlose Politik.

Soll das deutsche Volk über die Kritik des Reparationsagenten unterrichtet werden oder nicht? — Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Außen- und Finanzminister. — Der Reichskanzler weist keine Richtung.

Am Montagmorgen hat eine Kabinettsitzung stattgefunden, auf deren Tagesordnung eine Aussprache über die viel erörterte Denkschrift des Reparationsagenten stand. Für heute, Dienstag, vormittag sind die Fraktionsvorsitzenden zum Reichsfinanzminister geladen, um dort Erörterungen über das gleiche Thema entgegenzunehmen, und zwar werden die Vorsitzenden der Regierungsparteien und die der oppositionellen Gruppe gefondert unterrichtet, ob und wie die Regierung nun auch die Öffentlichkeit informieren will, steht noch nicht fest. Insbesondere weiß man nicht, ob sie daran denkt, die Denkschrift in ihrem vollen Umfang zu publizieren. Wie man hört, gibt es darüber Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts: der Außenminister will die Veröffentlichung, der Finanzminister aber macht dagegen Bedenken geltend.

Man anzunehmen und mit einer Kampagne zugunsten einer Revision einzuweisen. Es ist allgemein bekannt, daß der Reparationsagent selbst in seinem Umfang die Ansicht teilt, daß Deutschland auf die Dauer die Lasten, die ihm 1924 auferlegt worden sind, nicht tragen kann. Nicht ist verfehlt, als diesen Vertreter der Gläubigerkräfte persönlich vor den Kopf zu stoßen und in einem Augenblick, wo neue Ausgaben, die zum Teil, wie die durch das Reichsausgleich bedingten, durchaus überflüssig sind, in Aussicht stehen, die Revisionenbedatte mit einem großen Aufbruch von Lungenkraft zu beginnen. All das würde zu vermeiden gewesen, wenn die Regierung der Öffentlichkeit sofort klaren Wein über die Zusammenhänge eingegossen hätte, oder wenn sie wenigstens jetzt noch das sagte, was zu sagen ist. Aber leider stellt sich auch hier wieder heraus, daß die harte Hand fehlt, die Meinungsvorschiedenheiten zwischen den einzelnen Ministerialabteilungen und der Politik ihrer Richtung weist.

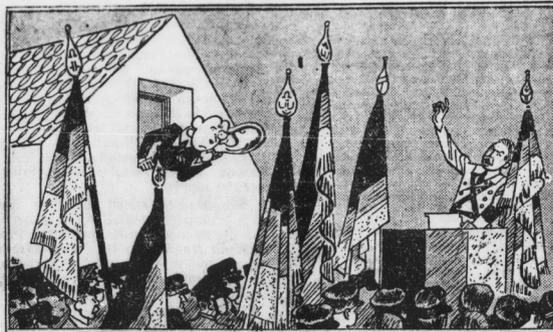
Gilberts Demarche.

Eine Ermahnung Bismarck an Deutschland Paris, 25. Oktober. (Radio-Verdampfung.)

Im „Petit Parisien“ beschäftigt sich der frühere politische Direktor des Quai d'Orsay, Bismarck, mit der jüngsten Demarche des Reparationsagenten Parler Gilbert und kommt zu dem Schluß, daß die deutsche Regierung gut täte, dieser Warnung volles Gehör zu leisten. Amerika sei gegenüber der Schlagader Europas und habe damit die Macht in Händen, in Europa in finanzieller Beziehung nach Gutdünken einzugreifen. Der Damesplan sei Americas Werk und die amerikanische Regierung lege Wert darauf, schon aus Freundschaftsgründen, daß dieser Plan erfolglos durchgeführt werde. Die europäischen Länder hätten das größte Interesse daran, die amerikanische Feindschaft in dieser Beziehung nicht herauszufordern und sich in Amerika keinerlei wirtschaftliche Feinde zu schaffen, da die amerikanische finanzielle und wirtschaftliche Macht derzeit hier sei, daß kein europäischer Staat gegenwärtig in der Lage wäre, ihr zu widerstehen. (1)

Der Lauscher von Arensdorf.

In dem durch die Diktatur der holländischen Reichsregierung (auch zugleich mit Gründung einer Ortsgruppe eine große Demonstration des Reichsbanners fest. Dabei beteiligte sich der Oberpräsident des Herzogtums, Junker von Arensdorf, im Teller eines neuen Schabes als „Hauptredner“.



Was lauscht der Junker so verstört? Ja, was! — ei nun, das ist bekannt: Ich wüßte gern, was der wohl hört. Was hört der Forscher an der Wand! (Näheres siehe auch zweite Seite.)

Lloyd George über Friedensvertrag und Rheinlandsbesetzung.

London, 25. Oktober. (Wg.) Lloyd George führte in einer Versammlung von Friedensfreunden u. a. aus, daß der Friedensvertrag abgeschlossen sei, er sei nun, daß es später notwendig sein werde, Veränderungen daran vorzunehmen. Allein der Vorschlag kann diese Veränderungen vornehmen, aber an jeden Versuch einer Revision muß mit Gebuld und Behutsamkeit herangegangen werden. Die Gefahr rührt von der zu rigorosen Auslegung der Verträge oder der Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen durch die Gegenparteien, insbesondere von der Nichtabwendung der Vertragsbestimmungen zum Schutze der Rheinseiten, und ebenso von der Fortdauer der Rheinlandsbesetzung, auch nachdem Deutschland gemäß ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen. — Lloyd George erklärte weiter noch, er empfinde keine Reue über die Folgen für den Fall, daß sich die französische Regierung zugunsten einer Verlängerung der Rheinlandsbesetzung entscheide.

Ausführung Trozki und Einwohnern aus dem Zentralrat. Das Zentralrat hat nach einer Postener Meldung beschlossen, Einwohnern und Trozki aus dem Zentralrat auszuscheiden.

Parteiarbeit früher und jetzt.

Von Philipp Scheidemann.

1928 wird ein Großkampfjahr sein. Es muß zum Reichstag, zu den Landtagen in Preußen und Bayern und zu den Gemeindevorstellungen gewählt werden. Diese Wahlen sind vorzubereiten, ist jetzt die wichtigste Aufgabe der SPD. Die Organisationsmaßnahmen sind in der Bau- und die Mitgliederzahlen gesteigert werden. Ebenso wichtig ist es natürlich, die Parteipresse immer weiter zu verbreiten. Zur Einleitung dieser agitatorischen Arbeiten ist eine „Rote Woche“ vereinbart worden, in der alle absolut dringlichen Parteiarbeiten ruhen, um die sieben Tage reiflos für die intensive Vorbereitung zu können.

Die Vorbereitung für die SPD ist jetzt wichtiger als im Vergleich zu den Schwerezeiten in weiter zurückliegenden Zeiten. Während es jetzt sozialdemokratische Minister, Staatssekretäre, Regierungs- und Polizeipräsidenten, Landräte, Schulräte und Genaranden gibt, galt früher jeder Sozialdemokrat als ein Auszubildender Bewerber für solches als Landesverwalter. Zunächst nahm man die Sozialdemokratie insgeheim nicht sehr ernst, sie erschien den Staatsmännern, wie später auch dem demokratischen Volk, als eine vorübergehende Erscheinung. Als aber 1878 in Deutschland 437 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, sah Bismarck das von ihm mit Blut und Eisen zusammengezwungene Reich bereits gefährdet. Unter den verlogenen Vorwänden ingenierte er eine tolle Hege gegen die Partei der Klassenbewußten Arbeiterklasse, setzte ein Ausnahmegericht gegen sie durch und gestaltete nicht nur alle ihre Organisationen, sondern auch die der Gewerkschaften, verbot die gesamte Arbeiterpresse und ließ sozialdemokratische Versammlungen nicht mehr zu. Das Sozialistengesetz wurde schließlich so niederträchtig verfaßt, daß es sogar die Ausweisung von Sozialdemokraten aus solchen Gebieten ermöglichte, über die der Befehlshaberzustand verhängt worden war. Wo die Partei sich unter den gefährlichsten Umständen noch heimlich regte, wurde der Befehlshaberzustand verhängt, so in Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt a. M., Offenbach und vielen anderen Städten. In Frankfurt a. M. schleppte man Sozialdemokraten am Nachmittagsabend vom Gefängnis weg, aus der Familie heraus, zur Wache — obdanks, ohne jeglichen Erwerb, wurden sie von den Särgen Bismarcks durch das „Vaterland“ gehetzt — von einem Land zum anderen.

Zunächst ging die Stimmenzahl der Sozialdemokratischen Partei unter diesem furchtbaren Druck natürlich zurück. Es konnte also nicht übersehen, daß bei den Wahlen 1881 nur noch 312 000 Stimmen abgegeben wurden. Nun aber regte der gestiefelte Hefe sich wieder: 1884 gab es schon wieder 550 000, 1887: 768 000, 1890 gar 1 427 000 Stimmen! Die Sozialdemokratie hatte über die brutale Politik Bismarcks triumphiert. Für die Verlängerung des Sozialistengesetzes fand sich im Reichstag eine Mehrheit nicht mehr. Wilhelm II. schied den Eisernen Kanzler davon, wie einen Hausburchen, der silberne Vettel gestohlen hat. Vor den Augen aller Welt war Lasz erwieben, daß die Sozialdemokratie mit Ausnahmegeboten nicht unterzutreten sei. Nun soll sich endlich niemand einbilden, daß die Agitationarbeit für die SPD unter dem Sozialistengesetz eine Kleinigkeit gewesen wäre. Nein, das war sie wirklich nicht. Als ich 1888, im Alter von 13 Jahren, mich gern bereit erklärte, den in ganz Deutschland verbotenen, deshalb im Ausland gebildeten und über die Grenze geschmuggelten „Sozialdemokrat“ zu verbreiten, war das Sozialistengesetz im fünften Jahre in Kraft. Die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ an die Vertrauensleute gehörte zu den am wenigsten angenehmen Arbeiten. Wer bei der Verbreitung erwisch

Früchte der Belagerung.

Ein Zoffschlag von einem englischen Kriegsgesicht freigesprochen.

Frankfurt (Main), 25. Oktober. (Radiotelegraph.) Das englische Kriegsgesicht verhandelte am Montag gegen den Angehörigen der englischen Besatzungsarmee Caselli, der am 9. Oktober in Kronberg den englischen Soldaten Caselli so heftig gegen den Kopf geschlagen hat, daß dieser zu Boden stürzte und, ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben, verstarb. Der Angeklagte behauptete, in Kronberg gehandelt zu haben, da ihn Caselli angeblich mit einem Spiegelschloß bedrohte. Im Gegen- satz hierzu erachtete der Staatsanwalt Zoffschlag für Freisprechung, indem es die Notwehr anerkannte.

Dies Urteil ist zweifellos als Fruchternte zu betrachten. Denn, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war und von ihr in allen Ehren bestrafte worden ist, war ein ruhiger und besonnener Mann. Sein Zusammenstoß mit englischen Soldaten erfolgte, als er diese in seiner Heimat bei Zoffschlagen Handlungen übertraf und sie in ihrer ersten Aufregung zu barbarischen Taten trieb (schrieben).

Preussisches Besoldungsgezet

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages begann am Montagabend die Beratung des preussischen Besoldungsgezetes. Es wurde zunächst beschlossen, die vier Spitzenorganisationen der Brande zu hören. Finanzminister Dr. Götler-Ahoff erklärte auf Anfrage, er nehme nicht an, daß das Memorandum des Reparationsagenten zu einer Zurückziehung der Besoldungsgezetes der Reichsregierung führen werde. Gegenüber einer gewissen Kritik an der Besoldungsgezetes erklärte der Minister, man verzehe, daß die Besoldungsgezetes nur das nachhole, was andere Berufsgruppen im Verhältnis zum Fortschritt ihrer Besoldung schon erreicht haben. Die meisten Beamten müßten auch nach der Besoldungsgezetes noch mit einem Entbehrungsgrad rechnen. Preußen habe nicht nur 130 Millionen, sondern sogar 130 Millionen für die Ausgaben aus der Besoldungsgezetes zur Verfügung. Für den Restbetrag müsse das Reich eingreifen.

Die richtige Antwort.

Amlich wird mitgeteilt: „In einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wurden im Zusammenhang mit dem Stagnationskritik gegen den Oberbürgermeister Dr. Böß und den Magistrat der Stadt Berlin schwere Angriffe gerichtet. Mehrere Besoldungsbeamte (namentlich, Dr. Reb.) Landtagsabgeordnete machten dieser Kritik zum Gegenstand einer kleinen Anfrage und boten das Staatsministerium u. a. um Auskunft, was es getan habe, um die schweren Anklagen gegen den Oberbürgermeister und den Magistrat der Stadt Berlin nachzuweisen. Der preussische Minister des Inneren befragte in seiner Antwort die inbricht auch gegen die Kommunalverwaltungsbehörden gerichteten Angriffe, die ohne den Versuch einer sachlichen Begründung der ganz allgemeinen Vorurteil der Unfähigkeit, Korruption und Unkenntnis der Beamten, als bereits bekannt, daß es absehbar, sich mit ihnen zu befehlen.“

Das ist die einzig richtige Antwort. Warum verfährt man bei deutschen nationalen Verleumdungen nicht immer so?

Parole: Ehren.

Der Reichsstaatsminister, Minister A. D. Saemisch, ist von der Reichsregierung beauftragt, zur Vereinfachung der Verwaltung geeignete Vorarbeiten zu leisten. Wie der „Soz. Volksdienst“ erzählt, werden demnach entsprechende Beratungen beginnen. Sie werden sich natürlich in erster Linie auf die Verwaltungen des Reichs, sollen aber auch die Gebiete umfassen, auf denen sich das Reich mit den Ländern begegnet. Soweit zeitweilige Verwaltungen in Frage kommen, werden u. a. Vereinfachungsmaßregeln für die Zollverwaltung und die gesamte Reichsverwaltung geprüft werden. Bezüglich der Reichsfinanzverwaltung ist eine Vereinfachung des Verfaßtes schon im Gange. Eine neue Reichsfinanzordnung ist erst kürzlich geschaffen worden. Die Verwaltungsverhältnisse, auf denen sich das Reich mit den Ländern begegnet und die ebenfalls vereinfacht werden sollen, umfassen: Polizeiverwaltung, Bildungsverwaltung, Verwaltungsgewalt, Wasserstraßenverwaltung und Bauverwaltung.

Ministerialdirektor Cosmann.

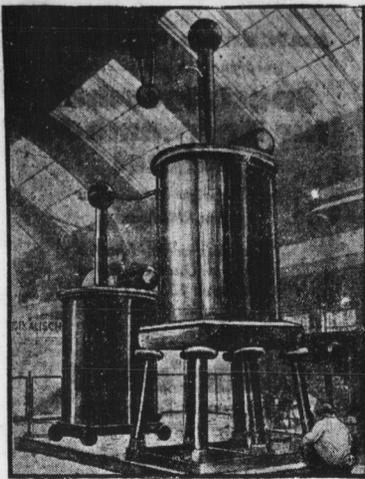
Berlin, 25. Oktober. (Radiotelegraph.) Der Regierungsvizepräsident bei der Regierung in Düsseldorf, Cosmann, ist nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ zum Ministerialdirektor im preussischen Staatsministerium ernannt worden. Cosmann soll als Ministerialdirektor den wenigen Monaten abgetretene Ministerialdirektors Fried Hauptmann als Amt des stellvertretenden Bevollmächtigten in Petersburg zum Reichsrat befehlen. Cosmann gehört der Zentrumspartei an.

Cosmann war zur Zeit der Regierungsvizepräsident Cosmanns in Weisburg ebenfalls dessen Stellvertreter. Mit Cosmann ging er nach Düsseldorf.

Geheimrat eines Polizeikommissars. In Berlin-Brandenburg wurde am Montagmorgen der Polizeikommissar Peter Baile in am Eisenfeld-Baum in Hirschfeld in einer Brandanlage tot aufgefunden. Er hatte sich aus einer Wasserpfanne eine Angel in den Kopf gesteckt.

Der Reichler „Populare“ kündigt an, daß er vom 1. Dezember an in einem bedeutend vergrößerten Format und mit einer völlig reorganisierten Redaktion erscheinen wird.

Prüffeld für eine Million Volt!



Auf der Werkstoffschau in Berlin wird als ganz besonderer Anziehungspunkt ein Prüffeld für die ungeheure Spannung von 1 Million Volt gezeigt und im Betrieb vorgeführt. Auf unserem Bild sieht man die riesigen Transformatoren für die Stromerzeugung.

Schlesische Schülertragödie.

Ein Breslauer Oberprimaner tötet eine gleichalterige Unterprimarin durch 6 Revolvergeschüsse.

In Wunzlau hat der 17-jährige Oberprimaner Rudolf Petri die gleichalterige Schülerin der Unterprima der Kaufmannsschule Johanne Hanke erschossen. Petri begibt sich heute, zum dem Mädchen eine Lebensversicherung zu zahlen, zum gleichzeitigen seinen Mitschülern gegenüber ein schwermütiges Wesen zur Schau. Er beschuldigt sie auch viel mit okkultistischen Schriften. Kurz vor dem Tode der Schülerin, die sich das Leben nehmen wollte, tat Petri ein Revolver. Erst am Donnerstag scheint in ihm der Entschluß gefaßt zu sein, das Mädchen zu töten, obwohl er letzterhand zum Überdruß hatte. Am Sonntagabendmorgen, nachdem die beiden jungen Leute schon oft, einem gemeinsamen Spaziergang außerhalb der Stadt. In einer dritten Wohnung der Kolonie Mathenberg, etwa 3 bis 4 Kilometer von der Stadt entfernt, setzen sich die beiden nieder. Petri erob sich Petri, gab den Revolver, und ihn und gab dann das Mädchen, das ohnmächtig seinem Tod ausgeliefert hatte, einen Schuß ab, der sie in die Brust traf. Die Getroffene sprang auf und rief: „Was tust du? Ich will nach Hause!“

Petri erklärte jedoch, die Tat müsse vollendet werden, und schuß das Mädchen noch einmal in die Brust. Mit den Worten „Ich will dich leben!“ brach die Schwerkranke bewußtlos zusammen. Daraufhin gab der Schüler noch drei Schüsse ab, den Kopf des Mädchens ab. Sie lag dann durch einen Schuß das Leben zu nehmen, sollte Petri nach seinem eigenen Bekundnis der Tat. Er verweilte noch kurze Zeit an der Stätte der Tat und kehrte, als der Tod des Mädchens eingetreten war, in die Stadt zurück. Am Sonntagmorgen erfuhr er von dem Verlaufe der Tat und die Beweggründe nieder und gegen 12 Uhr nachts setzte er einen Mitschüler in Kenntnis. Dieser eilte sofort zum Vater des Mädchens. Unter Führung des Vaters begab sich am Sonntagmorgen eine Kommission aus dem Lande. Gegenüber der Tat der Getroffenen gab der Täter seine Tat mit aufwühlender Rede zu. Es handelt sich bei ihm um den Sohn des im Kriege gefallenen Seminarlehrers Petri aus Schönbach. Seine Mutter ist bei zwei Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden. Die erschollene Unterprimarin ist die Tochter des Lehrers Hanke in Bogelsdorf, Kreis Landesputz in Schlesien.

Gloßstein wieder verhaftet.

„Wie ich die Frauen kenne...“ Der Hochhauer und Ausbreiter Gloßstein wurde wieder in der Nacht vom Sonntag zum Montag um 12 Uhr in einem der Bezirke des Bahnhofs Friedrichstraße wieder festgenommen. Gloßstein hatte den Kriminalkommissar am Abend in seiner Wohnung angefallen. Daraufhin unterhandelte mehrere Kriminalbeamte eine Streife durch die Lokale der Friedrichstraße. Sie konnten auch bald ermitteln, daß Gloßstein sich in der Wohnung befindet und in einem Lokal eine Jagdschule von 200 gemacht hatte, die er nicht sofort begreifen konnte. Gleichzeitig trafen die Beamten in der Friedrichstraße auf einen früheren Kritiker, einen Freund des Gloßstein, der in der Wohnung stand, die Flucht des Ausbreiters begünstigt zu haben. Als dieser sich nach dem Bahnhof Friedrichstraße begeben wollte, wurde er festgenommen. Im Bahnhof selbst stehen die Beamten dann auf Gloßstein selbst, der in angeregter Unterhaltung mit seiner Freundin und in ziemlich angelegelter Stimmung war. Dem Kriminalkommissar erklärte er, am Montagvormittag hätte er sich sowie eingefunden. Bei seiner Vernehmung im Polizeipräsidium wiederholte er die Angaben, die er telefonisch dem zuständigen Staatsanwalt gemacht hatte: er sei lediglich ausgebrochen, um mit seiner Freundin, die ihm seit längerer Zeit keine Rücksicht gegeben hatte und zu einer Begegnung im Ganges nicht erschienen war, eine Reise zu machen. Der Verhaftung der Gloßstein, die er während seines Aufenthalts in Freiheit gemacht hatte, hoffte er, Geld von irgend einer wohlhabenden Frau zu bekommen, unter der Angabe, daß er der flüchtige Gloßstein sei. Wie ich die Frauen kenne, erklärte er schließlich, „dare mit das ganz bestimmt gelungen.“

Ausgebehtes Erdbeben.

Auch Seebeben im Stillen Ozean festgestellt. Berlin, 25. Oktober. (Radiotelegraph.) In Rotterdam, Prag, Newyork und vielen anderen europäischen und amerikanischen Erdbebenzentren wurden am Montag starke Erdbeben festgestellt, deren Schwere in Klatsch und Lachen nicht dürfte. Der Epizentrum, der in Petersburg um 6.51 Uhr verzeichnet wurde, erschütterte das dortige Rathaus so, daß viele Fensterherden in Stücke gingen. Aus der Umgebung von Petersburg wird ebenfalls verhältnismäßig großer Schaden gemeldet. Das geodätische Institut in Rotterdam glaubt u. a. auch an ein Seebeben im Stillen Ozean oder im Karibischen Meer (Antillen).

Preussischer Einbrecher.

Erst Beschäftigung, dann Einbruch. Berlin, 25. Oktober. (Radiotelegraph.) Im Hotel „Palast“ in Prag wurde der 30-jährige Prinz Edmund Schönbach am 24. Oktober eines der ältesten böhmischen Edelgeschlechter, verhaftet. Der Prinz, der sich fortgesetzt in großen Verschwendungslust befand, gelang am 24. oder 25. Oktober einen Einbruch in ein Prager Bankgeschäft geplant zu haben. Er handelt sich um eine Bank, die er bereits durch Beschäftigungen betrogen hatte, als ihm weiterer Kredit nicht gewährt wurde.

Stimmord-Prozess.

Gegen 25. Oktober. (WBZ.) Vor dem hiesigen Schöffengericht begann gestern der Stimmord-Prozess gegen die 29 Jahre alte Hausfrau und Kantorin Klara Schönbach aus Oberbrünne in Weisbaden, die am Montag, 18. März dieses Jahres ihren Ehemann und Hausvater, den 66 Jahre alten Biermerci-Besitzer Rudolf Berghaus zu Weile bei Weidenhagen durch Kräfte aufgebracht zu haben, um schließlich in den Besitz einer ihr angeblichen Erbschaft in Höhe von 120 000 Mark zu gelangen. Zu dem Prozeß sind ungefähr 100 Zeugen und acht Sachverständige geladen. Die Frau des Berghaus war fräulich und verlebte 1924 Selbstmord. Die Angeklagte gab im März dieses Jahres in der Untersuchungshaft ein Kind, dessen Vater nach ihren Aussagen Berghaus sein soll, für Dienstag in ein Sozialermin anberaumt.

Zweieinhalb Jahre Zuchthaus für Altbekanntung.

Berlin, 25. Oktober. (Privattelegramm.) Die Große Strafkammer am Berliner Landgericht III befähigte sich gestern mit einem anderen schweren Fall von Altbekanntung. Ein Angeklagter war der Rangelangestellte Müller des Charlottenburger Amtsgerichts. In zahlreichen Fällen hatte dieser Verurteilten die Befreiung ihrer Strafen angeboten und sie in ihrer Gegenwart verurteilt. Müller war in allen Fällen geständig. Die Strafkammer erkannte auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus sowie mehrjährige Erziehung.

Bergarbeiterlos. Auf der letzten Sohle des Fluges Wilhelm bei Zeche Mansfeld ging durch Bergschlag ein Streben plötzlich zu Grund, wodurch drei Bergarbeiter verunglückt wurden. Zwei von ihnen, ein Zecharer und ein Schöpfer, sind hochschwer verletzt. Der dritte, ein Knappschichtarbeiter, ist am Antortort auf der Sohle. Die Bergarbeiter sind im Gange; sie gehalten sich wegen des letzten Rastentodes äußerst feierlich.

Ein Drog-Dieb festgenommen.

(Privattelegramm.) Beamte des Eisenbahnbetriebsdienstes verhafteten gestern nachmittag in einer Berliner Pension den 30-jährigen Karl Ludwig, der in den letzten Tagen mehrere Drog-Diebstähle verübt hatte. — Im Besitz des Verhafteten befanden sich die Kopie einer Urkunde, die Reichsgericht der Frau eines Direktors der Zeitschriften und die Kopie eines Passbuchs, der seine Ehefrau in einem Koffer am Potsdamer Platz eingekippt hatte.

Ein ausstrebender Beruf.



Der wunderbare Glasermeister, der mit dem Handwerkerkasten auf dem Rücken von Haus zu Haus geht.

Parteiung der bulgarischen Sozialisten.

Am Sonntag fand unter starker Anteilnahme die Eröffnung des 30. Jahreskongresses der Sozialistischen Arbeiterpartei statt. Die Redatoren Bosheliff und Casafali legten in der Eröffnungssprache die schwierige Parteilage seit dem Gründungstage dar, aus welcher die Sozialisten stets mit ungeschwächtem Kampfesmut hervorgegangen waren. Der Fraktionsführer Bulshoff referierte über die innerpolitische Lage und legte der dem offenen Sozialismus unterworfenen Reichsbildung der regierenden Parteien und Offizieren den schärfsten Kampf an. Der Redner gab die Parole heraus: „Deran aus Volk, Kampf gegen Terror und Korruption, für Konstitution und soziale Demokratie.“



Ab 15. Oktober 2-Uhr-Polizeistunde.

Die heftigsten Gemütsregungen verleiteten... Im Amtsblatt der Regierung wird bekanntgegeben, daß ab 15. Oktober die Polizeistunde in Halle auf 2 Uhr nachts festgesetzt ist.

Kommunistische Demagogie.

Die hollischen Parteikommunisten versuchen den Gewerkschaften ins Handwerk zu passen. Ihre demagogischen Propaganda-Anträge werden als jämmerliche Falscherei gekennzeichnet.

Moskau in Not!

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten hätte trotz ihrer 25 Tagesordnungspunkte in knapp eineinhalb Stunden zu Ende sein können, wenn — ja, wenn es nicht die „einzig wahren Arbeitervertreter“ für nötig befunden hätten, eine ebenso törichte wie nutzlose

Debatte über den Bergarbeiterstreik

heraufzubeschwören. Es vergeht kein größerer Wirtschaftskampf, ohne daß die SPD sich bemüht, den zur Führung dieser Kämpfe einzig berechtigten Gewerkschaften ins Handwerk zu passen. So hat auch beim mitteldeutschen Bergarbeiterstreik die kommunistische Parteileitung ihre funktionären den Beschäftigten in allen kommunalen Körperstellen Anträge auf Bewilligung von öffentlichen Mitteln an die MGV für die streikenden Bergarbeiter zu stellen.

Obwohl diese Stürmer im Klassenkampf bereits im Kampfentscheidungsstadium stehen, so sind doch die Verschwörungsberechtigten, die sich um Unterstützung von Streiks gegenwärtig und die von der Sicherheit ihres Vorgehens selbst überzeugt waren, im Ernst auch selbst nicht daran glauben, daß ihre Anträge Annahme finden könnten. Sie sind die „einzig wahren Arbeitervertreter“ stundenlang über alles mögliche, was sich mit dem Streik und sein Ergebnis irgendwie in Zusammenhang bringen ließ

„Unter Anhalt ich durch die Verhältnisse zwar überholt“

So begann Stadtd. Härtel i seine stundenlange Rede und Mißrede gegen die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Führer des Streiks. Er mußte also, daß schon aus diesem Grunde seine Bemühungen der Erfolg verweigert bleiben müßten. Sein Hinweis auf das Sowjetparadies wirkte einestweil zum Schaden anderenteils muß man sich aber auch sagen, daß man selbst in Sowjetrußland streikenden Arbeitern (soweit das Streikrecht dort überhaupt erlaubt ist) niemals aus öffentlichen Mitteln Unterstützung gewährt wird.

Die kommunistischen Demagogen der Äugen Er meinte, daß man es durchaus bezweifeln könne, daß die Kommunisten hier im Stadtparlament solche Reden zu schwingen, nachdem feststeht, daß sie diese Reden bei den Bergarbeitern, für die sie von der Zentrale ausgearbeitet waren, nicht halten durften.

Die Bergarbeiter haben es abgelehnt, die kommunistischen Propagandasender weiter anzuhören.

Sie haben sie in ihren Versammlungen gar nicht zuzuhören lassen. Das Abstimmen ist ein gescheitertes Ergebnis über den Schiedsrichterprozess. Auch in den am Sonntag abgehaltenen 121 Versammlungen ist von den Bergarbeitern noch einmal zum Ausdruck gebracht worden, daß sie ihren Kampf von den Gewerkschaften geführt wissen wollen und daß sie sich das Treinschweigen kommunistischer Propaganda verweigern.

Nicht einer der Streikenden hat „Verrat“ der Sozialdemokraten oder Bergarbeiter der Kommunisten geäußert. Schon dadurch sind die Angriffe der Kommunisten gekennzeichnet. Die sozialdemokratische Fraktion hat aus prinzipiellen Gründen und benutzt die Anträge abgelehnt, weil es sich um eine Verwirrung des Klassenkampfes handelt.

Die „revolutionären“ Kommunisten aber wollen zur Führung der Kämpfe Gelder der Gemeinden und somit auch der Kapitalisten nehmen. Namens der am Kampf beteiligten Gewerkschaften gab Genosse Schaumburg die Erklärung ab, daß es

die Bergarbeiter unter ihrer Würde halten, öffentliche Gelder für ihren Streik anzunehmen.

höchst eigenartig mißfaß das Verlangen der Kommunisten nach Wiedereröffnung der Erwerbslosenfrage. Gerade diejenigen, die heute ihre Wiedereröffnung verlangen, haben die größten Schwierigkeiten dabei, als er (Redner) sich darum bemühte. Doch einmal erklärte Gen. Schaumburg, daß die Anträge der SPD zum Bergarbeiterstreik überholt seien. Die Bergarbeiter hätten viel mehr Verständnis bewiesen, wie die Kommunisten. Auch wenn die Moskauer ihren Klassenkampf in der heute geeigneten Weise fortzuführen, würden sie nichts erben.

Bei den Bergarbeitern verfährt der kommunistische Propagandasender nicht mehr.

Auf einen kommunistischen Ruf: „Straßenbahner“ erklärte Schaumburg, daß es ein himelweites Unterchied sei, ob man zur Führung eines Streiks 10 000 RM Unterstützung fordert, aber sich für eine Kontrahierung städtischer Arbeiter einsetzt.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Agitationsantrag gegen die Stimmen der Kommunisten und des aus der bürgerlichen Fraktion ausgetretenen Stadtverordneten abgelehnt.

Begünstigt eines weiteren Antrages der Kommunisten erklärte Stadtd. Härtel, daß man mit dem, was sich während des Streiks auf den

hollischen Gewerkschaften

abgespielt habe, nicht einkerden lassen könne. Trotzdem des Gewerkschaften für zwei Wochen Kasse hatte, wurden die Beamten unter Druck gesetzt, Streikbrecherdienste zu verrichten. Der Betriebsrat wurde in seinen Befugnissen beschränkt. Er richtete an den Magistrat, das Verhalten kritisch zu prüfen, doch bezweifelnd sich nicht wiederholte. Die Auseinandersetzungen hätte man sich sparen können, wenn die Forderungen der Bergarbeiter bewilligt worden wären.

Die Streikenden hätten gezeigt, daß sie Verantwortungsbewußtsein genug hätten und mehr Einsicht besäßen, wie die unverantwortlichen Persönlichkeiten, die diese unsinnigen Verfügungen erlassen hätten.

In der Abstimmung wurden auch die von den Kommunisten vorgelegten „unformulierten“ Anträge gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Es handelt sich darum, daß keine Maßnahmen stattfinden dürfen und daß die volle Förderung der Bergarbeiter bewilligt würde.

Stadtdemokrat Genosse Müller begründete diesen Antrag der SPD-Fraktion gestellten Dringlichkeitsantrag.

Man hätte sich wünschen eine Dringlichkeitsantrag zu wünschen. Es ging nicht, daß man die hollischen Gewerkschaften nicht unterstützen sollte. Die den Bergarbeitern durch Schiedsrichter bewilligte Lohnhöhung von 15 Prozent sei der deutliche Beweis, daß genante Höhe die Lebensmittelpreise nicht hätte ausgleichen können. Die den Bergarbeitern durch Schiedsrichter bewilligte Lohnhöhung von 15 Prozent sei der deutliche Beweis, daß genante Höhe die Lebensmittelpreise nicht hätte ausgleichen können.

Die Stadtdemokratenverammlung beschloß einstimmig, nachdem sie einige lächerliche Traben des Kommunisten Härtel i gegen die SPD angedeutet hatte, Unterstützung in den Haushaltsausgaben.

Küßler bei der Bergarbeiterdebatte blamierte sich die kommunistische Fraktion auch bei der Beratung der Magistratsvorlage auf Einführung der

hollischen Eigenanwaltschaft.

Es handelt sich darum, daß die Stadt für ihre Betriebe die Beiträge nicht mehr an die zuständige Unfallversicherungsgesellschaft abführt, sondern eine Art Eigenversicherung betreibt. Die Kommunisten ritzen ihren Prinzipienfimmel und ließen durch den Antrag Küßlers die Magistratsvorlage erklären. Die SPD sei gegen das Sparen — Stadtd. Feißer von der Hausbesitzerfraktion erklärte sich mit den kommunistischen Maßnahmen nicht einverstanden, nach unseren Gewissen hätte Küßler in einigen kurzen, aber recht treffenden Bemerkungen veranlaßt. Der kommunistische Standpunkt sei einfach unverständlich. — Stadtrat Fingert fand es durchaus verständlich, daß die Inneernehmer sich gegen die Magistratsvorlage wehren werden, aber die Arbeiter hätten keine Ursache, sich dagegen zu wehren. Die Unternehmer wollten die Städte gerne in ihren Gewerkschaften als Mitglieder behalten, weil sie vorzuziehen könnten, als die privaten Baunternehmer und geringere Risiken zu bestehen.

Die Abstimmung zeigte Hausbesitzer und Kommunisten in einer Front. Die übrigen Anträge wurden meist nach den Beschlüssen des Haushaltsauschusses angenommen. Sie sind unseren Lesern durch die Berichterstatterin bereits bekannt. In der öffentlichen, am 7. Uhr zu Ende geführten Sitzung gab es eine kurze Rede, in der der Magistrat sich über die Verhältnisse äußerte.

Sprecher.

Die Redungsstunde kam infolge Behinderung des Sprechers am Mittwoch nicht stattfinden. Weiteres wird noch bekanntgegeben.

In die Caale.

Am Montag gegen 15.15 Uhr verlor ein jüngerer Mann in der Nähe der „Saalhofbräuer“ in Selbstmörderischer Absicht in die Caale zu springen. Durch einen Polizeibeamten wurde er daran gehindert und in polizeiliche Verwahrung genommen. Der Grund zu seinem Vorhaben dürfte in Familienstreitigkeiten zu suchen sein.

Einfrieren und Behandlung der Winterkartoffeln und des Obstes.

Das anhaltende Regenwetter hat in diesem Jahre unseren landwirtschaftlichen Produkten Schaden zugefügt. Was nicht verdorben ist, bedarf einer sorgfältigen Behandlung und Pflege. Da kommt in erster Linie unter Kartoffeln in Frage, die heute die Hauptnahrung der Bevölkerung darstellt. Vor der Einfrierung ist zu beachten, daß keine frostigen, sondern nur mäßigen Temperaturen ausgesetzt werden; denn diese sind für die Winterkartoffeln am besten. Die Winterkartoffeln sind der Einfrierung am besten geeignet. Vor dem Einfrieren der Kartoffeln kann man sich schützen, indem man Kartoffeln in die gelagerten Kartoffeln bringt. Der Fall verläuft die Kartoffelgeschichte und das Weitergehen der Kartoffeln. Immerhin ist es empfehlenswert, den Kartoffelort vor Zeit zu Zeit nachzusehen und die angefallenen zu verkaufen. Dieses Jahr darf man die mühselige Arbeit nicht lassen.

Bei der Behandlung des Obstes ist in erster Linie darauf zu achten, daß nicht angefrorenes Obst zur Aufbereitung kommt. Günstigster eignet sich in den meisten Fällen nicht zur Aufbereitung. Das Obst muß trocken gelagert werden. Die aufgestellten Obstbäume gehören in die entsprechenden frostfreien Räume. Bei der Einfrierung von Obst ist nicht zur Aufbereitung zu empfehlen. Auf den Obstbäumen sollten höchstens zwei Schichten Obst zur Lagerung kommen. Sehr gut hält sich Obst auch in einer Kiste verpackt mit Sackleinwand, eine Schicht Holz und eine Schicht Kiesel. Die Kisten sollten nicht auf die Erde gestellt, sondern auf Holzbohlen. Durch den so herbeigeführten Schutz vor Luft und gegenfeitigen Berührung wird eine Anfröhrungsgefahr von den faulen Kesseln verhindert.

Finch der Zeitung.

Sehr, Ref.-Off. 23 J. sucht Lebenspartnerin. So zu lesen: Preussische Zeitung Nr. 100. Wo muß ich mich abmelden? Ich verstehe dich hier nicht das Minderwertigkeitsgefühl, was der Behauptung noch heute bestehen? Mitglieder eines Standes, der unendlich viel geleistet hat, können sich, auf ihn stolz zu sein. Das ist das Ergebnis seiner bisherigen Tätigkeit. Ausfallgebende Vertreter dieser Kategorie sind die Vertreter des Standes, der unendlich viel geleistet hat, können sich, auf ihn stolz zu sein. Das ist das Ergebnis seiner bisherigen Tätigkeit.

Im Preußen der Hornverordner (siehe im Kultusministerium, Abteilung VIII, d. Volkskultusminister, ausschließlich Theologen, waren Seminar- und Präparandenvereine mit seltenen Ausnahmen zugelassen, zum Teil sogar nach als Geistliche tätig. Ihre Erziehermoral bestand darin, die Jünglinge meist weg vom Sündenpfad der großen Städte in Frühmühen und, wenn es sich irgend machen ließ, in Rudolfs zu setzen. Ihnen zur Seite stand auch hier das Zentrum. Es richtete durch seine Sprecher des Ästern die Bitte an die „Königliche Staatsregierung“, ob es nicht möglich wäre, die Präparandenanstalten entweder ganz auf das Land zu verlegen, oder in den Städten grundsätzlich als Internate einzurichten, wobei man eine Anzahl anderer Umstände vorzuziehen sei. (Dr. Seifert, 14. 3. 1892).

Als: Entwurf ganz frei vom Bildungsbegriff der Stadt oder zum mindesten abgelehnt von ihm durch Männer, wie man eine solche Anstalt für die Erziehung einrichten würde. Ein solches und die ohne Unterbrechung der Bürgerkassen ab, so kann man ganz ohne Schwierigkeiten, Lehrer, Witwen, bescheidene Rentner, kleine Beamte in Frage. Armut zu Armut, Beförderung zu Beförderung! Dabei wurden die sogenannten „Erzieher“ nicht aufgeführt, sondern, von den „Internaten“, den Refektorien, unendlich benachteiligt. Weist aus äußerlichen Gründen. Unheimlich spielte aber die Befürchtung, daß jene so einem Jahre etwas ändern würden, zum mindesten dem Bericht „Kultur“, dessen umfassende Kenntnis Hauptpersonen des Lehrerberufes ist. In den Arbeitsräumen, Speisekammern, Schlafstätten aber baute sich neugierigen eine wirtschaftliche Welt.

Rein Wunder, wenn die geringe Freizeit zu Trinken, Essen, Siedelein, u. a. m. verfliehe. Rein Wunder, wenn der zwanzigjährige, neugebaute Lehrer nahezu hilflos der Leffenslosigkeit, der Bescheidenheit, ja auch der Armut gegenüberstand. Die Lehrer sind schwere Kämpfer, vielen nicht der Untertrag erpart geblieben. Die Kirche aber und der Junfer, sie konnten sich nicht genug empören über den stillosen Zustand der Lehrerschaft. Sie wollten nicht wissen, daß das die Frucht ihrer Erziehung war. Aber die Lehrer waren es nicht! Wenn sie schon Scham haben über ihre Vergessenheit, und dem Beruf im „Ref.-Off.“ und „Mädern.“ eine notwendige Empfehlung zulegen, dann sollten sie wenigstens den Mut haben, die sie sich abzuheilen, denn sie die Scham verberaten. Sie mit der Kirche und der Schule! Weg mit ihrer denationalen Bundesgenossenschaft. — f. h.

Die Zulassung von öffentlichen Langloßberatern. Die der „Anzeige“ Preussische Pressezeitung, daß der Minister der Finanzen unter Aufhebung älterer Bundesverträge die Oberpräsident ermächtigt, die erforderlichen Bestimmungen hinsichtlich der öffentlichen Langloßberatern im Wege der Polizeiverordnung oder durch Anweisung an die nachgeordneten Behörden zu treffen, wobei die Ermessen unter Berücksichtigung der in Betracht kommenden örtlichen Verhältnisse selbständig zu erlassen.

Aufhebung der Bräutigamssteuer für Brautpaare.

Dem Preussischen Landtag geht demnächst ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Bräutigamssteuer für Brautpaare zu. Durch das Reichsgesetz vom 9. April 1927 zur Übertragung der Finanzverwaltung ist vom 1. Juli 1927 an die Erhebung von Bräutigamssteuer aufgehoben worden. Zur Durchführung dieses Reichsgesetzes soll das preussische Gesetz ergehen. Es regelt insbesondere die Aufhebung der Bräutigamssteuer, die bisher die Bräutigamssteuer der Brautpaare erhoben haben. Diese sollen zu Gunsten der Brautpaare aufgehoben werden. Der Durchführungsbescheid soll das preussische Gesetz ergehen. Es regelt insbesondere die Aufhebung der Bräutigamssteuer, die bisher die Bräutigamssteuer der Brautpaare erhoben haben. Diese sollen zu Gunsten der Brautpaare aufgehoben werden. Der Durchführungsbescheid soll das preussische Gesetz ergehen.

Auf 68 Wähler ein Auto.

Stuttgart gibt es in Deutschland am meisten ein Auto. Erst an 21. Stelle folgt Berlin mit 68. Halle besitzt nahezu Berlin's Prozentsatz, nämlich 68.

